



Welche Auswirkungen das jüngste Zusammentreffen zwischen den pakistanischen und indischen Premierministern auf die Kashmirpolitik haben wird, muß abgewartet werden (Foto: 'Outlook')

Für einen Neuanfang in Kashmir

von Balraj Puri

Nach den Atombombentests von Pokhran und dem Zusammentreffen der Premierminister Indiens und Pakistans sollte der Kern der indischen Kashmirpolitik von einer internen Debatte unter den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen Kashmirs über ihren Status und die externen Beziehungen des Bundesstaates bestehen. Es wäre falsch anzunehmen, solch ein politischer Prozeß müsse für Indien automatisch negativ enden. Eine Verständigung zwischen den unterschiedlichen Gruppen in Jammu und Kashmir kann nur auf einer demokratischen und föderalen Grundlage erzielt werden - was auch dem politischen System Indiens mit all seinen Fehlern und Schwächen näher liegt.

Eine der schwerwiegendsten Konsequenzen der von Indien und Pakistan durchgeführten Atomtests im vergangenen Mai ist die Zunahme der internationalen Debatte über den Kashmirkonflikt. Diese als eine internationale Verschwörung zu interpretieren vermeidet die eigene Verantwortung, das Problem in seiner jetzigen Form zu untersuchen und eine angemessene Strategie

zu seiner Lösung zu entwerfen.

Solange Indien ein deutliches Übergewicht auf dem Gebiet konventioneller Waffen hatte, konnte Pakistan sich keinen Krieg mit Indien leisten. Im Falle eines Krieges hätten die Folgen eingeschränkt werden können. Doch mit der atomaren Aufrüstung besteht nun beinahe so etwas wie Gleichheit zwischen den beiden Ländern. Die möglichen

Konsequenzen eines Atomkrieges sind zu schwerwiegend, um von der übrigen Welt ignoriert zu werden - und hieraus resultiert das internationale Interesse an Kashmir.

Die Überempfindlichkeit der indischen Regierung gegen jede Erwähnung des Kashmirproblems durch welchen Staatschef auch immer hilft kaum. Mit solchen Panikreaktionen vergrault Indien viele

wichtige Freunde. Ihre legitimen Sorgen über die Bedeutung, die das Kashmirproblem erlangt hat, sollte gewürdigt, nicht jedoch verdammt werden. Indien sollte jetzt nun darauf konzentrieren, die Situation neu zu überdenken und zu beweisen, daß es ihm ernst ist mit der Lösung des Problems. Eine realistische Einschätzung der Situation auf internationalem diplomatischem Niveau und auf lokaler Ebene im Staat ist gegenwärtig von größtem nationalen Interesse.

Auch muß Indien seine Phobie gegen die Erwähnung von Menschenrechtsverletzungen in Kashmir überwinden. Solche Menschenrechtsverletzungen werden nicht nur von den Sicherheitskräften begangen, sondern auch von den Extremisten. Tatsächlich haben jüngste Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen und der USA diesem Fakt Rechnung getragen. Der indische Staat hat auf die Kritik nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen an den Exzessen der Sicherheitskräfte reagiert. Menschenrechte sind nun Teil des Trainingsprogramms der Sicherheitskräfte. Einige Vorfälle sind untersucht, einige Verantwortliche bestraft worden. Indische und ausländische Medienvertreter können den Bundesstaat ohne Einschränkungen besuchen und ihre Berichte schreiben - auch über Menschenrechtsverletzungen. Und auch das Justizsystem nimmt solche Beschwerden stärker wahr als zuvor. Eine staatliche Menschenrechtskommission wurde eingerichtet. All dies ist sicherlich noch nicht genug. Doch anstatt darauf zu bestehen, daß die Sicherheitskräfte niemals Menschenrechtsverletzungen begehen - was keiner glaubt - wird von der indischen Regierung nichts weiter verlangt als unter Beweis zu stellen, daß es ihr ernst ist mit einer Reduzierung der Menschenrechtsverletzungen und eine größere Transparenz an den Tag zu legen, um den Medien eine Aufdeckung existierender Mißstände zu erleichtern. Die indische Regierung müßte inzwischen erkannt haben, daß Menschenrechtsverletzungen kontraproduktiv sind und Indien weitaus stärker diffamieren als jedwede Propaganda durch Pakistan. Sie entfremden die lokale Bevölkerung, senken die Moral und Disziplin der Sicherheitskräfte und münden in einer Brutalisierung der gesamten Nation. Die fortgesetzte Sensibilisierung der Sicherheitskräfte wird dazu beitragen, das Image Indiens und die Menschenrechtssituation zu verbessern.

Unterdessen haben auch die von Extremisten begangenen Menschenrechtsverletzungen nicht nachgelassen. Seitdem die kashmirischen Extremisten von ausländischen Extremisten aus Pakistan oder Afghanistan verstärkt wurden, haben schwere Anschläge mit hohen Ver-

lusten in der Zivilbevölkerung zugenommen. Einer der Gründe für den Verfall militanter Bewegungen in Kashmir ist die Reaktion kashmirischer Muslime auf die gewalttätigen Exzesse der Extremisten. Muslime zeigten sich beispielsweise entsetzt über das Massaker an sieben Pandits - kashmirische Hindus - im März 1997, die im vollen Vertrauen auf ihre muslimischen Nachbarn in Kashmir geblieben waren. Im Januar 1998 fühlten sich viele Muslime schuldig, als 26 Angehörige der hinduistischen Minderheit von Extremisten brutal niedergemetzelt wurden. Ein Kommentar in 'Doordashan', eine muslimische Verurteilung dieses Massakers von Wandhama sei heuchlerisch und die sinnlose Ermordung von sieben muslimischen Jugendlichen kurz nach dem Massaker waren Versuche, den Muslimen ihr Schuldgefühl zu erleichtern. Ich war Zeuge eines ähnlichen Schuldgefühls, als ich die schockierten muslimischen Gesichter sah, nachdem 26 Mitglieder einer Hochzeitsgesellschaft nur deshalb ermordet wurden, weil sie Hindus waren. Die Muslime verurteilten solche Massaker einhellig als unislamisch. Doch solche spontanen menschlichen Reaktionen wurden weder von den elektronischen noch von den Printmedien wahrgenommen. Wenn die gesamte muslimische Bevölkerung verantwortlich gemacht wird für die Taten einer kleinen Minderheit ihrer Glaubensbrüder, reduziert dies die Isolation der Extremisten von der Bevölkerung.

Die Ermordung unschuldiger Menschen muß von anderen militanteren Aktionen getrennt werden und die öffentliche Meinung muß sich eindeutig gegen sie aussprechen, unabhängig von der religiösen oder politischen Überzeugung der Täter. Es ist höchste Zeit, daß die indische Regierung ihre Haltung gegenüber 'amnesty international' überdenkt. Die Erteilung einer Einreiseerlaubnis für einen Vertreter von 'amnesty' nach Kashmir hätte sogar den positiven Nebeneffekt, daß dies die Glaubwürdigkeit der indischen Regierung und deren Anspruch auf größere Transparenz erhöhen würde. Damit würde Indien nicht nur international Pluspunkte sammeln, sondern auch bei der lokalen Bevölkerung und dabei gleichzeitig das Ansehen der Sicherheitskräfte erhöhen. Weiterhin sollte die indische Regierung Menschenrechtsaktivisten, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen, gestatten, Menschenrechtsverletzungen beider Seiten zu überprüfen und dabei darauf bestehen, daß von Pakistan finanzierte Extremisten sich daran beteiligen. Indien sollte Menschenrechte zum Hauptthema seiner Kashmirpolitik machen - international und national. Die Welt ist ausreichend sensibilisiert für Menschenrechtsverletzungen und terroristische Bedrohungen.

Die Regierung sollte die internationale öffentliche Meinung gegen die jüngste Phase extremistischer Aktivitäten mobilisieren, die weitaus brutaler ist als frühere Phasen und weitaus weniger lokale Unterstützung erfährt.

Bevor die Menschen nicht frei sind, ihre religiöse und politische Überzeugung frei zu äußern, kann es keine sinnvolle Diskussion über die unterschiedlichen Standpunkte in bezug auf Kashmir geben. Eine Debatte über verschiedene ethnische und religiöse Gruppen innerhalb des Bundesstaates und die "Außenbeziehungen" Kashmirs ist unbedingt erforderlich, um einen Konsens in der Angelegenheit zu erzielen. Es muß wiederholt werden: ein solcher Konsens muß nicht unbedingt gegen Indien gerichtet sein.

Eine der größten Schwächen jeglicher Diskussion über Kashmir liegt darin, daß die Existenz einer Vielzahl verschiedener ethnischer und kultureller Gruppen ignoriert wird. Bei vielen internationalen Gruppen, die am Kashmirproblem interessiert sind, besteht das Mißverständnis, daß die kashmirische Bevölkerung lediglich aus Hindus und Muslimen besteht. So hat beispielsweise Präsident Clinton in seinem letzten Statement über Kashmir bemerkt, daß es in dem Staat mehr Muslime denn Hindus gebe. Doch wenn jemand vorschläge, die amerikanische Politik solle sich an den Wünschen der beiden größten religiösen Gruppen im Land, Katholiken und Protestanten, ausrichten, trafe das die amerikanische Realität? Immer wenn man über Amerika spricht, bezieht man sich auf schwarz und weiß, Angelsachsen und ethnische Gruppierungen aus Europa, Asien und Afrika, aus denen sich die amerikanische Nation zusammensetzt. Warum sollte sich nicht auch die indische Regierung und der Rest der Welt darüber bewußt sein, daß der Staat Jammu und Kashmir sich aus einer großen Zahl von ethnischen und kulturellen Gruppierungen zusammensetzt. So sind beispielsweise 30 Prozent der Bevölkerung Jammus Muslime, die bis vor kurzem nicht an der extremistischen Bewegung beteiligt waren. Oder die Muslime Ladakhs: etwa die Hälfte ist bis heute nicht in den Konflikt verwickelt. Es handelt sich zunächst und vor allem um einen Aufstand der Muslime Kashmirs. Sie sind die größte und lebendigste Einzelgruppe im Staat. Es war diese Gruppierung, die ihre Identität bedroht sah, als sich Pakistan 1947 weigerte, das Recht der Bevölkerung anzuerkennen, die Zukunft des Staates selbst zu bestimmen und öffentlich erklärte, dieses Recht läge ausschließlich beim Maharaja. Im Gegensatz dazu betonte die Regierung Indiens und die Führer der 'Congress'-Partei, daß die Souveränität beim Volke



Während sich die beiden Premiers in Pakistan trafen, wurde in Kashmir weiter geschossen (Foto: Nissar Ahmed)

liege und nicht beim Prinzen. Später provozierte Pakistan die Bevölkerung zusätzlich, als es sich weigerte, weder ihre Wünsche noch die des Maharajas zu honorieren und statt dessen gewaltsam versuchte, den Staat zu annektieren, indem es einen Einmarsch unterstützte, der überwiegend von Pashtunen geführt wurde.

Wie auch immer, die gleiche Bevölkerungsgruppe, die 1947 die indische Armee willkommen hieß und ihr half, die pakistanischen Eindringlinge zu vertreiben, wandte sich gegen Indien, als sie sich in ihrer Identität von Indien bedroht fühlte. Die Entlassung einer rechtmäßig gewählten Regierung unter Farooq Abdullah 1984 und seine Wiedereinsetzung als Chiefminister nach zwei Jahren voller Demütigungen, gefolgt von den massiven Wahlmanipulationen bei den Wahlen 1987 waren einige der wichtigsten Gründe für solche anti-indischen Gefühle. Ob sie sich 1947 gegen Pakistan richteten oder 1990 gegen Indien (jedoch nicht pro Pakistan), der Auslöser für diese Gefühle war immer der kashmirische Nationalismus. Kashmirische Muslime lediglich als Muslime, nicht jedoch als Kashmiris anzusehen, ist Kennzeichen einer völligen Verkennung des kashmirischen Geistes und seiner alten Geschichte, auf die ein jeder kashmirischer Muslim stolz ist.

Religiöse Gefühle allein können das Drängen der eindeutigen ethnischen und kulturellen Identität der Muslime und Hindus Kashmirs nicht erklären. Die Dogras in Jammu, die sich sowohl aus

Muslimen als auch aus Hindus zusammensetzen, die Paharis, die ebenfalls aus beiden Gruppierungen zusammengesetzt sind, die Ladakhis, die sich zum Buddhismus und Islam bekennen und die Gujjars, die ausschließlich Muslime sind, haben ihre jeweils eigenen ethnischen Identitäten, die die religiösen in den Hintergrund treten lassen.

Es gibt keinen Zweifel, daß Pakistan verzweifelt versucht, die Situation zu kommunalisieren und die indische Politik hat ihren Teil dazu beigetragen. So verlor die JKLF, die die extremistische Bewegung im Kashmirtal mit ihrem Slogan von "Azadi" startete, einen großen Teil ihrer Kampfkraft, als Pakistan begann, pro-pakistanische Extremisten zu unterstützen und wurde so zu einem leichten Ziel für die indischen Sicherheitskräfte. In den Reihen der JKLF wird sogar der Verdacht geäußert, daß pro-pakistanische Extremisten Informationen über die JKLF an die Sicherheitskräfte weitergegeben haben.

Im Juli 1998 fühlte sich der pakistanische Hochkommissar in Indien durch das infolge der Atomtests entstandene politische Klima ermutigt so weit zu gehen, jedweder extremistischen Gruppe die Unterstützung seiner Regierung zu entziehen, wenn sie weiterhin für Unabhängigkeit eintrete. Er wies den Protest Jasin Maliks zurück, es sei schwierig für ihn, seinen Anhängern gegenüberzutreten und ihnen zu erklären, 'Azadi' sei nun keine Option mehr, nachdem schon über 70.000 Kashmiris für dieses Ziel ihr Leben gelassen hätten. Sie sind nun

in ihren anti-indischen Verpflichtungen zu weit gegangen, um noch eine andere Option zu haben als sich den pro-Pakistan Gruppierungen anzuschließen. Der Führungswechsel in der 'Hurriyat' von Mirwaiz Umar Farooq zu Syed Ali Shah bestätigt diesen Trend. Einer der Hurriyatführer, Abdul Gani Lone, lud in seiner Verzweiflung die afghanischen Taliban ein, bei der Befreiung Kashmirs zu helfen.

Auf der anderen Seite mußten die anti-pakistanischen Befürworter eines unabhängigen Kashmir sich an die hinduistische Form des indischen Nationalismus gewöhnen. Im Rahmen seines Versprechens, Kashmir werde jedwede politische Partei unterstützen, die in Delhi die Regierung stelle, bot Chiefminister Farooq Abdullah auch der Regierung unter Premier Vajpayee seine Unterstützung an. In seiner anti-pakistanischen Haltung, Verherrlichung der Atomwaffentests von Pokhran und seine Verteidigung des amerikanischen Raketenangriffs auf Afghanistan ist er nicht weniger deutlich als die Führungsriege der BJP.

Doch diese beiden Extreme spiegeln nicht die Realität Kashmirs wider. Die Art und Weise, in welcher der breite Raum zwischen diesen beiden Polen gefüllt wird, wird die Form der kashmirischen Identität bestimmen, die weder durch Indien noch durch Pakistan unterdrückt werden kann. Es ist selbstverständlich in Indiens eigenem Interesse, kashmirischen Muslimen zu erlauben, die indische Regierung und die BJP-

Ideologie im gleichen Maße zu kritisieren, wie jedem Angehörigen von anderen Parteien in Indien. Loyalität gegenüber Indien zu schaffen und zu stärken, ist wohl der schwächste Punkt der indischen Kashmirpolitik. Wenn dem Volk von Kashmir nicht gestattet ist, an der Wahl indischer Regierungen beteiligt zu sein, kann der Rest Indiens auch keine Loyalität erwarten.

Gleichmaßen müssen solche politischen Führer, die für sich reklamieren, eine kashmirische Identität zu fördern und zu unterstützen, den Mut aufbringen, Pakistan zu erklären, daß Pakistan die Realität der kashmirischen Identität anerkennen muß. Doch hierfür müssen sie ihre Abhängigkeit in bezug auf Waffennachschub, militärischem Training und politischer und diplomatischer Unterstützung von Pakistan aufgeben. Für sie besteht der einzige Ausweg wohl in einer gewaltfreien Strategie. Die Zunahme von Gewalt hat sich schon seit langem als kontraproduktiv erwiesen. Die Übernahme der Kommandogewalt über die anti-indischen Aktivitäten in Kashmir durch Pakistan und seine Geheimdienste hat nicht nur zu Massakern an Hindus geführt, sondern auch zu einer Brutalisierung der Kashmiris, einer der zivilisiertesten Gemeinschaften auf dem Subkontinent. Während sich die kashmirische Identität wieder zu ihrer ursprünglichen Form entwickelt, sollte sie gleichzeitig bessere Beziehungen zu den benachbarten Identitäten in Jammu und Ladakh aufbauen. Auf jeden Fall muß die unitaristische Verfassung des Staates zugunsten einer regionalen und föderalen Verfassung aufgegeben werden, da sie eine der Hauptursachen für die Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen darstellt.

Die meisten Kashmiris haben erkannt, daß ihre Identität unvollständig bleiben muß, so lange die kashmirischen Hindus nicht zurückgekehrt sind, die 1990 auf der Suche nach Sicherheit den Staat scharenweise verließen. Ein Dialog zwischen den verschiedenen Gemeinschaften über angemessene Rahmenbedingungen für ihre Rückkehr und ein Leben in Sicherheit und Würde muß initiiert werden. Eine solche Initiative sollte am besten von den Sezessionisten ausgehen und begleitet werden von einem Dialog zwischen den intellektuellen und geistigen Führern der beteiligten Gemeinschaften über das Wesen und die Essenz des kulturellen Erbes Kashmirs sowie Wege und Möglichkeiten, dieses zu schützen und zu fördern. So kann die mentale Entfernung zwischen den verschiedenen Gruppen zuerst reduziert werden, bevor dann auch die physische Distanz verringert werden kann.

Ob ein solcher Dialog zu einem Konsens führen wird, muß die Zukunft erweisen. Doch werden die Extreme durch einen solchen Dialog mit Sicherheit eliminiert. Es liegt in der Verantwortung des indischen Staates, sicherzustellen, daß jede religiöse Gemeinschaft und ethnische Gruppierung die gleichen Rechte bekommt und ihre Bedürfnisse und Anliegen erfüllen kann. In diesem Zusammenhang sollte der Vorschlag des 'Komitees für Regionale Autonomie', das im November 1996 eingerichtet worden ist, ernsthaft erwogen werden. In diesem wird ein Modell ausgewogener kultureller, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung für die drei Regionen und ihre Sub-Regionen vorgestellt. Die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den drei Regionen müssen durch einen Dialog miteinander versöhnt werden, wofür der Bericht des Komitees eine Grundlage liefert.

Ein ähnlicher Dialog müßte auch zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen auf pakistanischer Seite geführt werden. Der Führer der JKLF hat schon ein föderales System für den Staat gefordert. Die gegenwärtige Grenzlinie ("Line of Control" - LoC) teilt verschiedene ethnische Gruppierungen in einer äußerst unnatürlichen Weise. Wenn alle Gemeinschaften entlang dieser Grenze sich angemessen angepaßt haben, kann mit einer vorsichtigen Öffnung der Grenze experimentiert werden. Unter Vorbehalt aller notwendigen Sicherheitsvorkehrungen sollten beispielsweise die Bewohner Jammus in der Lage sein, ihre Freunde jenseits der LoC besuchen zu können.

Der vielschichtige Dialog muß auch Gespräche zwischen den Sezessionisten und der indischen Regierung beinhalten - und zwar ohne jegliche Vorbedingungen. Ein solches Angebot wurde von der Regierung unter Narasimha Rao gemacht, doch unter Führung der 'Hurriyat' von den Sezessionisten leider zurückgewiesen. Diese Ablehnung löste Verwirrung und Meinungsverschiedenheiten in ihrem eigenen Lager und äußerst kritische Reaktionen im Ausland aus.

Weitere Vorschläge für eine Lösung des Kashmir-Problems sollten in Erwägung gezogen werden. Vor uns liegt nicht eine Wahl zwischen einer totalen Lösung oder gar keiner Lösung, sondern eine Serie vieler kleiner Lösungen, die den Weg bereiten können für eine vernünftige und endgültige Lösung. So wie der interne Dialog Fortschritte macht, die Anliegen der Menschen stärker berücksichtigt werden und die Verfassung in eine föderale Ordnung umgewandelt wird, werden die Beteiligten offener für

andere Vorschläge. Wenn außerdem ihr Leben nicht mehr bedroht ist, weil sie sich zu einer bestimmten Religion oder zu politischen Ansichten bekennen, kann ein Dialog von Worten und Logik den mit Kugeln geführten ersetzen. Bevor eine endgültige Lösung des Problems angestrebt wird, müssen die Waffen zum Schweigen gebracht werden, und die Menschen beiderseits der LoC müssen ihre jeweiligen Systeme restrukturieren. Beide Regierungen müssen erst die Menschen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten zufriedenstellen und ihnen später erlauben, sich an der LoC zu treffen, so daß Haß und Gewalt kontrolliert werden können.

Die Stimmung der Muslime Kashmirs hat, in Abhängigkeit von den von ihnen empfundenen Bedrohungen, in der Vergangenheit immer wieder geschwankt. 1947, als sie sich für Indien entschieden, 1953 als Amanullah festgesetzt wurde, 1975, als Amanullah nach der Unterzeichnung eines Paktes mit Indira Gandhi wieder an die Macht gelangte, 1990, als sich der Extremismus zu entfalten begann und 1998, als die Atomwaffentests durchgeführt wurden, markieren solche Stimmungsschwankungen. Ähnliche Veränderungen und Entwicklungen kann man von Zeit zu Zeit und Region zu Region auch auf pakistanischer Seite beobachten.

Welche besondere Stimmung ist sakrosankter? Welcher Status für den ganzen Staat oder nur seines indischen Teils wird welche Hoffnungen, welcher Kombination von ethnischen Gemeinschaften befriedigen?

Es ist ganz offensichtlich ein deutlich rationellerer Ansatz, die verschiedenen regionalen und ethnischen Hoffnungen durch einen vielschichtigen Dialog miteinander zu versöhnen. Warum sollte Indien nicht in seinem Teil des Staates einen solchen auf Dialog ausgerichteten Prozeß beginnen. Für Indien mit seinem föderalen und demokratischen Strukturen ist es leichter, einen solchen Versöhnungsprozeß unterschiedlichster Hoffnungen und Bestrebungen verschiedenster Identität miteinander zu versöhnen. Wenn die Menschen in den verschiedenen Regionen ihre Meinungen und Einstellungen offen und frei von jeglicher Furcht vor Gewalt äußern können, wird sich auch die allgemeine Stimmung positiv ändern.

Ein Abbau der Spannungen innerhalb des Staates wird die indisch-pakistanischen Beziehungen zweifellos verbessern und umgekehrt wird eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern helfen, die Spannungen und Gewalt in Kashmir abzubauen.

(Übersetzung: Theo Ebberts)